

Lisa Nienhaus

Die Blindgänger

Warum die Ökonomen auch künftige Krisen
nicht erkennen werden

Lisa Nienhaus studierte Volkswirtschaft und Politik in Köln und Stockholm und besuchte parallel dazu die Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft. Sie ist Wirtschaftsredakteurin der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Im Jahr 2005 wurde sie mit dem Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet.

Campus Verlag
Frankfurt/New York

gelaufen ist. Damit auch wir besser verstehen, wie wir mit unseren Experten künftig umgehen sollten.

So gibt es auch für uns Journalisten eine Menge zu lernen. Vor allem richtet sich dieses Buch aber an alle Menschen, die nicht verstehen, wie es zu einer Krise kommen konnte, die fast keiner sah, nicht einmal die bekanntesten Wirtschaftsexperten. Dazu stellt es die eklatanten, ja zum Teil haarsträubenden Fehlprognosen der Wissenschaftler vor der Krise zusammen. Es klärt, was Ökonomen eigentlich machen und wieso sie so mächtig geworden sind – um dann die wichtigsten Fragen zu beantworten: Was ist eigentlich schiefgelaufen in der Ökonomie? Brauchen wir Ökonomen überhaupt noch? Und wenn ja, wofür eigentlich?

Kapitel 1

Das Versagen der Ökonomen

Es ist erstaunlich. Spricht man in diesen Zeiten mit Ökonomen, so klingen einige von ihnen geradezu euphorisch. Angesichts der Wirtschaftskrise kommen die sonst so sachlichen Wissenschaftler ins Schwärmen. Es sei »spannend wie nie«, freut sich Thomas Straubhaar vom Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitut Anfang 2009 im Telefongespräch. Endlich könne er seinen Studenten einmal die Anwendung aller Theorien in der Praxis zeigen. Der wirtschaftsweise Peter Boffinger zeigt sich im Gespräch am Rande eines Interviews begeistert darüber, dass Ökonomen nun als Erklärer und Deuter gefragt seien als je zuvor – und permanent gebucht würden für Veranstaltungen zur Krisenursachenforschung. Der wohl bekannteste deutsche Volkswirt, der Präsident des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, eröffnet im Dezember 2008 einen Vortrag über die Ursachen der Finanzkrise so: »Die Wirtschaft verlief so ruhig und glatt über die letzten Jahre, dass man als Ökonom schon richtig Angst haben musste, dass das Fach obsolet sei. Aber jetzt sind wir wieder mit großen Fragen beschäftigt, die unsere Zukunft betreffen.«

Es stimmt: Die ökonomischen Themen sind auf einmal wieder für alle Menschen wichtig geworden, sogar für den Alltag relevant. Die Deutschen schauen so fasziniert auf die Wachstumsprognosen wie früher nur auf die Auslage von H&M, sie verfolgen Zinskurven und Aktienkurse so genau wie die Staumeldungen während des Feierabendverkehrs. Sie tragen ihr Geld von der einen zur anderen Bank, sie lassen sich sogar Abkürzungen wie ABS und CDO erklären und wollen wissen, wie es eigentlich so weit kommen konnte. Die Nachfrage nach Erklärungen für

die Wirtschaftskrise ist immens: Allein zum Vortrag von Hans-Werner Sinn erschienen im Dezember beinahe 1.000 Studenten und andere Interessierte und belegten die große Aula der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität bis auf den letzten Platz. Sachverständiger ist gefragt, um zu erläutern, was in den vergangenen Monaten mit unserer Wirtschaft passiert ist. Dabei kommt auch Bewegung in die Wirtschaftswissenschaft, der es bisher oft anreichte, ihre alten ewigen Weisheiten herunterzubeten. Das ist nun anders. Denkmodelle werden hinterfragt, ideologische Hürden fallen, es darf nun wieder beinahe alles gesagt werden. Es herrscht Aufbruchstimmung unter Ökonomen.

Doch sie hat einen traurigen Anlass. Die größte Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg trifft unser Land – und kaum einer der Wissenschaftler, die jetzt von Vortrag zu Vortrag eilen und altklug die Ursachen darlegen, hat davor gewarnt. Noch Anfang 2008 glaubten die meisten bekannten deutschen Ökonomen, alles werde gutgehen. Deutschland, so die übereinstimmende Meinung zu dieser Zeit, werde von den Problemen der amerikanischen Banken kaum getroffen und glimpflich davonkommen. Ein wenig abwärts werde es gehen, da waren sich alle einig. Doch mit einer tiefen Rezession rechnete keiner, schon gar nicht mit einem Absturz eines solchen Ausmaßes, wie wir es kurz darauf gesehen haben. Den Beinahe-Zusammenbruch sämtlicher Banken im Herbst 2008 – ein nicht gerade irrelevanter Aspekt dieser Krise – hatte (fast) kein bekannter Ökonom auf der Rechnung.

Auch nicht Hans-Werner Sinn. Ende 2008 sagte er in einem Vortrag zur Krise: »Man ist sehr vorsichtig mit der Feststellung einer Rezession. Aber jetzt sind wir halt drin, wie Sie gleich sehen werden.« Ein Schelm, wer nachzuschlagen wagt, was der gleiche Wissenschaftler noch 14 Monate zuvor in einem Interview äußerte: »Eine Rezession steht nicht an«, war damals seine Prognose für eben jenes Jahr 2008. Er sollte sich täuschen. Doch Sinn ist nicht der einzige Fehlprognostiker. Andere haben noch viel länger gebraucht, um zu merken, dass sich etwas dreht. So griff der einstige Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Bert Rürup, noch Mitte April 2008 gehörig daneben. Da meinte er: »Die Konjunkturrisiken haben zugenommen, aber wir stehen definitiv nicht vor einer Rezession.« Welch ein Irrtum! Und selbst eine so angesehene Institution wie die Bundesbank war vor Fehlern nicht gefeit. Deren Präsident Axel

Weber sagte sogar noch einige Tage später: »Der Aufschwung in Deutschland hält an, nur der Schwung lässt etwas nach.« Oje.

Angesichts solcher Fehlgrieffe prominenter deutscher Ökonomen möchte man der Zunft einen alten Kalauer ans Herz legen: »Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.« Die Fehlprognostiker sind allüberall – und sie überschätzen sich immer wieder. Besonders deutlich zeigt sich das bei denjenigen, die in aller Öffentlichkeit versuchen, den Verlauf der Wirtschaft vorherzusehen. Die Konjunkturforscher und Konjunkturprognostiker sind die Propheten unter den Ökonomen: Selbst bei großer Unsicherheit posannnen sie ihre Berechnungen mit wenig Bescheidenheit in die Welt. Man findet sie vor allem in den Konjunkturabteilungen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute wie Ifo und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), die zum Großteil vom Staat finanziert werden. Aber auch die Deutsche Bundesbank und private Geldinstitute wie Deutsche Bank, Commerzbank oder ausländische Banken wie Goldman Sachs beschäftigen diese Sorte Ökonomen. Sie versuchen in einer Art von Kaffeesatzleserei, aus Daten der Vergangenheit (Arbeitslosigkeit, Wachstum, Auftragsgänge, Produktion, Stimmung in der Geschäftsführung) die wirtschaftliche Zukunft herauszulesen. Dazu haben sie hochkomplexe Modelle entwickelt, mit denen sie auch in gewöhnlichen Zeiten öfter mal danebenliegen, doch selten sind sie kollektiv dermaßen in die falsche Richtung gelaufen wie vor dieser Finanzkrise.

Sie sind allerdings nicht die Einzigen, die blind waren für den Crash. Auch ihre Kollegen in anderen Teilen der Volkswirtschaftslehre sahen die Probleme am Finanzmarkt und am amerikanischen Häusermarkt nicht, erkannten nicht, wozu sie führen könnten, oder versäumten, davor laut und deutlich zu warnen. Die Makroökonomien etwa, die sich mit dem Zusammenspiel ganzer Volkswirtschaften befassen, oder die Beobachter und Theoretiker der Finanzmärkte. Sie haben ihre Aufgabe nicht erfüllt – nämlich Risiken aufzudecken, die die gesamte Wirtschaft erfassen könnten, und öffentlich vor ihnen zu warnen. Es mutet deshalb reichlich seltsam an, dass genau diejenigen, die in dem Erkennen von Gefahren dermaßen versagt haben, nun nicht nur weiterhin ihre Weisheiten verbreiten, sondern sogar gefragt sind als jemals zuvor. Doch schauen wir uns zunächst die falschen Prognosen etwas genauer an.

Die Prognostiker – Der Wettlauf nach unten

Rückblende in den Sommer 2007: Deutschland erlebt den ersten Schock der Finanzkrise. Die Mittelstandsbank IKB kollabiert beinahe. Sie hat im großem Stil mit den komplizierten strukturierten Wertpapieren gehandelt, die einst als wichtige Innovationen galten und mittlerweile *giftige Papiere* heißen, und sie hat die Risiken aus diesen Geschäften dramatisch unterschätzt. In einer Wochenend-Krisensitzung Ende Juli packen die staatliche KfW und andere Banken der IKB ein erstes Rettungspaket in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Jochen Sanio, mutmaßt, dass Deutschland ohne die Rettung der IKB die schlimmste Finanzkrise seit 1931 droht.

Auch in Amerika sind die Banken längst äußerst instabil, obgleich die Informationen darüber nur langsam und Stück für Stück nach außen gelangen. Schon sprechen die Ersten von einer baldigen Rezession in den Vereinigten Staaten, Pessimisten fürchten größere Bankenpleiten. Im Herbst wird es turbulent. Innerhalb einer Woche treten zwei Chefs amerikanischer Großbanken wegen schlechter Ergebnisse zurück: Stan O'Neal von Merrill Lynch Ende Oktober und am 4. November der Chef der Citigroup, Charles Prince. Von Letzterem stammt der berühmte Ausspruch: »Solange die Musik spielt, muss man aufstehen und tanzen.« Die Musik ist im Winter 2007 deutlich leiser geworden.

Nur eine kleine unbewusste Gemeinschaft scheint von diesen Ereignissen wenig erschüttert: die Ökonomen. Es ist, als hätten sie sich kollektiv an einem Zaubertrank der Zuversicht berauscht. Am 7. November, wenige Tage nach den spektakulären Rücktritten in Amerika, tritt Deutschlands berühmtestes Ökonomenforum vor die Kameras: der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Rat der fünf Wirtschaftsweisen. Er stellt sein neues Gutachten vor und seine Prognose. In der Pressemitteilung dazu heißt es, die deutsche Volkswirtschaft präsentiere sich 2007 »weiterhin in einer guten Verfassung«. Da die weltwirtschaftlichen Risiken gestiegen seien, werde die Expansion sich allerdings verlangsamen; die Wirtschaftsweisen rechneten für das kommende Jahr 2008 mit einem Wachstum in Höhe von 1,9 Prozent. Und dann kommt der Satz, der am deutlichsten

zeigt, wie wenig die Volkswirte die Dramatik des Krisenjahres 2008 vorhersahen. Der Rat verkündet: »Diese Abschwächung der Dynamik ist aber kein Indiz dafür, dass der Aufschwung zum Erliegen kommt oder gar eine Rezession bevorsteht.« Um es noch einmal deutlich zu sagen: Das Gremium sieht für 2008 noch nicht einmal ein Ende des Aufschwungs vorher, geschweige denn die Rezession, die kommen sollte. Die Wirtschaftsfächleute glauben, der Aufschwung ginge weiter – in etwas gemächlicherem Tempo.

Gut einen Monat später, am 13. Dezember 2007, geben auch die beiden renommierten Forschungsinstitute Ifo in München und Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) parallel ihre Konjunkturprognose für das Jahr 2008 ab. In ihren Berichten taucht die Finanzkrise selbstverständlich auf, und die Forscher berichten auch über schlechtere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen oder neue weltwirtschaftliche Risiken, doch in ihren Zahlen für Deutschland zeigen sie sich trotzdem nur wenig beunruhigt. Im Gegenteil: Aktuell sehen sie die Welt beinahe rosarot. Die Exporte boomten, die Arbeitslosigkeit sinkt. Diese gute Lage macht ihnen offenbar Hoffnung, dass es eine Weile recht gut weitergeht – trotz Bankenkrise. Jedemfalls sind die Prognosen optimistisch: Im kommenden Jahr werde die Wirtschaft um 1,8 Prozent (IfO) beziehungsweise 1,9 Prozent (IfW) wachsen, und auch 2009 soll es noch positiv weitergehen. »Die Konjunkturdynamik verringert sich etwas, was aber nicht heißt, dass wir den Gipfel schon erreicht hätten«, verkündet Hans-Werner Sinn den versammelten Journalisten. »Der Gipfel liegt noch vor uns.« Das stimmt damals sogar noch ganz knapp. Doch ein halbes Jahr später werden beide Institute noch einmal korrigieren – und zwar nach oben! Im Juni 2008 erwarten beide auf einmal mehr als 2 Prozent Wachstum für das laufende Jahr. Den Höhepunkt der Fehleinschätzung liefert das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Juli 2008, als es sage und schreibe 2,7 Prozent Wachstum vorhersieht.

Was die Prognostiker im Sommer 2008 noch nicht wissen: Der Gipfel liegt längst hinter ihnen, wurde er doch schon in den ersten drei Monaten des Jahres erreicht. Im zweiten Quartal 2008 hingegen beginnt die deutsche Volkswirtschaft zu schrumpfen – erst langsam, dann immer schneller. Im Herbst folgt das Unerwartete: die größte Bankenkrise

seit den dreißiger Jahren, seit der Großen Depression. Erst in Amerika, dann auf der ganzen Welt schwächeln die Geldinstitute und müssen vom Staat gerettet werden, um nicht ganz zusammenzubrechen. Die Pleite der großen Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 macht aus der Finanzkrise binnen Tagen eine weltweite Wirtschaftskrise. Firmen stormieren hektisch ihre Aufträge, stellen Projekte ein und Investitionen zurück. Sie fürchten den ganz großen Zusammenbruch und wollen gewappnet sein. Kurz darauf wird auch das Geld knapp. Versuldete Unternehmen geraten in Finanznot, denn die Banken knausern und neue Kredite gibt es nur noch gegen hohe Sicherheiten. Andere Firmen verlieren in der Krise ganz plötzlich ihren Ruf als gute Schuldner, weil ihre Produkte von heute auf morgen nicht mehr so gefragt sind wie zuvor, denn viele Firmen stellen die Anschaffung neuer Maschinen und Rohstoffe vorerst zurück. Autohersteller gehören zu den Leidtragenden, ebenso Maschinenbauer, Chemie- und Stahlkonzerne.

Mit den Banken stürzt die Weltwirtschaft ab. Das Jahr 2008 ist am Ende deutlich schwächer als von Ifo und IFW vorherzeit: 1,3 Prozent Wachstum – und das auch nur wegen des starken ersten Quartals. Kein bekannter deutscher Konjunkturforscher hat die Schnelligkeit und Heftigkeit des Einbruchs in der zweiten Hälfte des Jahres vorhergesehen. Es galt nicht einmal die alte Prognostikerweisheit, dass man besser liegt, je näher man der Zukunft zeitlich kommt. Alle haben das Jahr 2008 überschätzt, insbesondere als es schon halb vorbei war.

Noch eklatanter sind die Fehleinschätzungen der Prognostiker allerdings, wenn man ihre Vorhersagen für das Jahr 2009 betrachtet. Innerhalb weniger Monate haben die Prognosen sich um 180 Grad gedreht. Im Sommer 2009 ist ein Schrumpfen von 6 Prozent für das laufende Jahr die Mehrheitserwartung; eine Prognose, der man nicht trauen muss, denn ein solcher Einbruch wäre größer als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik, also entsprechend schwierig zu prognostizieren. Nimmt man jedoch diese Erwartung als gegeben, dann kann man frühere Vorhersagen nur noch als eine Art Unterhaltungsliteratur lesen. Der Erheiterung dienen sie in jedem Fall (auch wenn der Wirtschaftseinbruch ansonsten nicht gerade unterhaltsame Konsequenzen hat).

Tabelle 1: Der Wettlauf nach unten. Prognosen im Überblick

Datum	Institution	Prognose/ Wert für 2008	Prognose für 2009
12.3.2007	IFW Kiel	2,4	
19.4.2007	Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute im Auftrag der Bundesregierung	2,4	
25.6.2007	Ifo Institut	2,5	
24.7.2007	DIW	2,5	
13.9.2007	IFW Kiel	2,4	
16.10.2007	DIW	2,1	1,7
18.10.2007	Gemeinschaftsdiagnose Sachverständigenrat	2,2	
7.11.2007	Deutsche Bundesbank	1,9	1,9
17.12.2007	IFW Kiel	1,9	1,6
13.12.2007	Ifo Institut	1,8	1,5
13.12.2007	DIW	2,1	1,7
2.1.2008	IFW Kiel	1,9	1,2
13.3.2008	DIW	2,0	1,6
2.4.2008	Gemeinschaftsdiagnose	1,8	1,4
17.4.2008	IFW Kiel	2,1	1,0
5.6.2008	Deutsche Bundesbank	2,25	1,5
6.6.2008	Ifo Institut	2,4	1,0
24.6.2008	DIW	2,7	1,2
1.7.2008	IFW Kiel	1,9	0,2
11.9.2008	DIW	1,9	1,0
8.10.2008	Gemeinschaftsdiagnose Sachverständigenrat	1,8	0,2
14.10.2008	Deutsche Bundesbank	1,7	0,0
12.11.2008	Ifo Institut	1,6	-0,8
5.12.2008	IFW Kiel	1,5	-2,2
11.12.2008	DIW	1,5	-2,7
22.12.2008	IFW Kiel	1,6	-1,1
7.1.2009	IFW Kiel	1,3	-3,7
12.3.2009	DIW	1,3	-4,9
15.4.2009	Gemeinschaftsdiagnose	1,3	-6,0
23.4.2009	Deutsche Bundesbank	1,3	-6,2
5.6.2009	IFW Kiel	1,3	-6,0
11.6.2009	Ifo Institut	1,3	-6,3
23.6.2009			

Blicken wir zurück: Im Dezember 2007 prophezeien die Institute Ifo und IfW, dass es auch 2009 weiter aufwärtsgeht, wenn auch etwas langsamer als 2008. Sie erwarten 1,5 und 1,6 Prozent Wachstum. Ein Jahr später sieht die Welt völlig anders aus. Nach dem Beinahe-Zusammenbruch aller Banken ist der Optimismus dahin. Nahezu im Wochenrhythmus korrigieren die Prognostiker Ende 2008 die Vorhersagen nach unten. Im November sind die Wirtschaftsweisen schon bei Stagnation angelangt, also bei Nullwachstum für 2009. Im Dezember dann steht die Bundesbank ein Schrumpfen (minus 0,8 Prozent) vorher. Kurz darauf entscheiden sich Ifo und IfW für den stärksten Einbruch der Wirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit einem Minus von 2,2 und 2,7 Prozent für 2009 bieten sie deutlich mehr als die anderen – nur um kurz darauf von sich selbst geschlagen zu werden. Im März 2009 postuliert die Prognose des IfW ein Schrumpfen um 3,7 Prozent, im April geht das DIW hoch auf knapp minus 5 Prozent, und schließlich ist minus 6 Prozent Konsens. Für die deutsche Wirtschaft sieht es auf einmal sehr schlecht aus.

Die Pessimisten liefern sich einen Wettlauf um die negativste Prognose. Bei jedem Auftreten der professionellen Propheten fragt sich der Beobachter: Wer bietet mehr? Und: Wenn kann man überhaupt noch trauen? Denn ständig korrigieren die Prognostiker nicht nur die Vorhersagen ihrer Kollegen, sondern auch ihre eigenen Vorhersagen nach unten. Mehr und mehr scheinen ihre Prognosen eher kurzfristige Zustandsbeschreibungen zu sein als verlässliche Zukunftsszenarien. Es ist, als wüssten sie selbst nicht mehr, was sie da vorhersagen. Die Finanzkrise hat die Forscher kalt erwischt und ihre Modelle als ungenügend entlarvt.

Denjenigen, die sich nicht regelmäßig mit dem Wirtschaftswachstum beschäftigen – und das waren in den vergangenen stabilen Jahren viele –, muss verdeutlicht werden, wie sehr die Prognostiker fehlgegriffen haben. Denn auf den ersten Blick könnte der Unterschied zwischen 1 Prozent Wachstum (Vorhersage im Sommer 2008 für 2009) und 6 Prozent Schrumpfen (Vorhersage im Sommer 2009 für 2009) zumindest moderat erscheinen. Es geht ja nur um ein paar Prozentpunkte, mag man denken. Doch das ist ein Irrtum. Die wenigen Prozentpunkte sind äußerst bedeutsam. Das zeigt ein Blick in die Vergangenheit. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die westdeutsche und später gesamtdeutsche Wirt-

schaft noch in keinem Jahr stärker geschrumpft als um 0,9 Prozent. Das war im Jahr 1975. Zwei Jahre zuvor war der Ölpreis plötzlich rasant gestiegen; in der Folge stiegen auch viele andere Preise; als Reaktion darauf stellten die Gewerkschaften hohe Lohnforderungen. Die Unternehmen gerieten von zwei Seiten in Bedrängnis: teures Öl und teure Arbeitskräfte. Deutschland driftete in die Rezession ab.

Was das bedeutet, lässt sich besonders gut am Arbeitsmarkt zeigen. 1975 sollte als das Jahr in die deutsche Geschichte eingehen, in dem erstmals über eine Million Deutsche arbeitslos waren; ganz abgesehen von den fast eine Million Kurzarbeitern, die es auch damals schon gab. Zugleich markiert dieses Jahr das Ende einer Epoche, an die man sich in Deutschland gerne gewöhnt hatte: Das Zeitalter der Vollbeschäftigung ging zu Ende. Erstmals wurden Menschen zu Langzeitarbeitslosen, die auch im nächsten Boom keine Arbeit mehr fanden. Nach den Wirtschaftswunderjahren war das ein Schock für die Republik. Das alles geschah, wie gesagt, nach einem Schrumpfen von gerade einmal 0,9 Prozent.

In der Folge gab es nur noch drei weitere Jahre, in denen die deutsche Wirtschaft abnahm – jeweils um weniger als 1 Prozent. Eine Verringerung um 6 Prozent sollte es tatsächlich so weit kommen, wäre also nicht nur etwas völlig Neues für die meisten Deutschen, sondern würde das bisher Erlebte sogar um ein Vielfaches übersteigen.

Welche konkreten Folgen das haben wird, ist unklar. Klammert man einmal die katastrophalen Folgen des Zweiten Weltkriegs aus, dann hat es seit der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren solch schlechte Zahlen, wie wir sie jetzt in Deutschland sehen, nicht gegeben. Damals führte das in eine Tristesse aus Massenarbeitslosigkeit und Firmenpleiten. Das ist beachtlich und zeigt, wie viel jeder einzelne Prozentpunkt Negativwachstum ausmachen kann. Heute hoffen die Deutschen, eine Wiederholung der Weltwirtschaftskrise durch kluge Politik verhindern zu können. Außerdem sind sie im Schnitt reicher und können einen Rückgang finanziell besser verkraften. Zudem bleibt es natürlich weiterhin fraglich, ob die aktuell sehr düsteren Prognosen Bestand haben. Zum Redaktionsschluss dieses Buches deutete sich schon wieder mehr Optimismus unter den Konjunkturforschern an. Vielleicht werde 2009 doch nicht so schlimm werden wie eben noch erwartet, munkelte man.

Nichtsdestotrotz: Der Rückblick zeigt, in welch unglaublichem Ausmaß Prognostiker sich verschätzten. Ein leicht abgeschwächtes Wachstum vorherzusagen, nur um ein Jahr später einen Einbruch von den Ausmaßen einer Weltwirtschaftskrise zu attestieren – das gleicht dem Zickzacklauf eines Menschen, dem die Augen verbunden wurden. Es wäre hilfreich gewesen, hätten die Forscher den Einbruch der Wirtschaft ein wenig früher erkannt oder zumindest ehrlich zugegeben, dass sie im Nebel stochern. Denn schließlich posannen sie ihre Prognosen nicht ins Nichts hinaus, sondern bewegen damit die Börsen, die Wirtschaft und die Politik. Unternehmen richten ihre Planungen daran aus, Politiker ihre Konjunkturpakete oder Steuererhöhungen, gewöhnliche Menschen ihre Anlagestrategie.

Eine weitere Methode, die Dramatik der Fehlprognosen zu begreifen, liegt darin, sich Faustregeln anzuschauen, die unter Prognostikern kursieren. Etwa diese: »2 Prozent Schrumpfen bedeutet eine Million mehr Arbeitslose.« Diese Faustregel existiert tatsächlich, auch wenn sich keiner der Wirtschaftspropheten mit solch simplen Aussagen zitieren lassen will. Wenn sie stimmte, würde sie erschreckende Ergebnisse liefern: 6 Prozent Schrumpfen im 2009, das hieße dann über kurz oder lang drei Millionen Arbeitslose mehr! Damit würde sich die Zahl der Arbeitslosen, die 2008 im Schnitt noch bei 3,3 Millionen gelegen hatte, als Folge der Krise beinahe verdoppeln. Das ist hoffentlich Unsinn – denn etwas beinahe nie Dagewesenes mit Faustformeln zu beschreiben ist ziemlich fahrlässig. So hat zum Beispiel die Regierung viele Möglichkeiten, eine solche Entwicklung zumindest zu verzögern, etwa durch Kurzarbeit. Das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit rechnete im Sommer 2009 damit, dass es 2010 rund 4,5 Millionen Arbeitslose geben werde. Der Pessimist Norbert Walter von der Deutschen Bank glaubte sogar an fünf Millionen. Die im Auftrag der Bundesregierung erstellte Gemeinschaftsdiagnose ging kurz zuvor von rund 4,7 Millionen Menschen ohne Job aus. Dazu ein kleiner erheiterrnder Schlenker in die Vergangenheit: Im Frühjahr 2008 hatten die Urheber der Gemeinschaftsdiagnose noch geglaubt, dass die Zahl der Arbeitslosen 2010 auf deutlich weniger als drei Millionen sinken werde. So kann man sich irren.

Es ist für die Prognostiker nichts Neues, dass sie immer mal wieder danebenliegen. Man kann von einer so ungenauen Wissenschaft wie

der Vorhersage komplexer Systeme offensichtlich nicht erwarten, dass sie punktgenaue Prophezeiungen hervorbringt. Allerdings werden viele Konjunkturforscher zum Großteil staatlich finanziert: die Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat. Eine wichtige Dienstleistung, die sie für Öffentlichkeit und Politik erbringen sollen, ist die Prognose. Dafür werden sie (unter anderem) bezahlt. Wenn das Geld, das dafür aufgewendet wird, sinnvoll eingesetzt ist, dann sollten die Forscher wenigstens grob die Entwicklungen der Wirtschaft vorhersehen können. So sollten sie rechtzeitig vor Rezessionen warnen und einen Abschwung wie einen Aufschwung näherungsweise in seiner Dimension einschätzen können. Das ist ihnen dieses Mal nicht geglückt. Die Titel der Prognosen des DIW etwa – alle noch im Internet einsehbar – sind geeignet, sich daraus ein schönes Kabarettprogramm zu basteln. Herbstprognose 2007: »Weltwirtschaftliche Expansion nur leicht gedämpft. Rezession nicht wahrscheinlich«, Januar 2008: »Wachstum bleibt stabil«, Frühjahrsprognose 2008: »Weiterhin gute Aussichten für Deutschland«, Juli 2008: »Aufschwung geht in die Verlängerung«, Oktober 2008: »Realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise beherrschbar«.

Auch die Gemeinschaftsdiagnose von acht Forschungsinstituten im Auftrag des Wirtschaftsministeriums hatte im Frühjahr 2008 ein paar Sätze zu bieten, die im Nachhinein erheitern wirken könnten, wenn die Lage nicht so traurig wäre. Etwa diese:

Die deutsche Wirtschaft ist jedoch in den vergangenen Jahren robuster geworden, so dass die Gefahr einer Rezession heute geringer ist. So hat sich das Wachstum des Produktionspotentials in den vergangenen Jahren beschleunigt, so dass konjunkturelle Abschlüsse vom Potentialwachstum nicht mehr so schnell zu einem Rückgang der Produktion führen. (...) Und schließlich erweist sich das deutsche Bankensystem vor dem Hintergrund der internationalen Krise im Finanzsektor als relativ robust.

Für den Normalbürger übersetzt: Die Forschungsinstitute glaubten, dass es zwar große Risiken gebe, dass aber die deutsche Wirtschaft so stark geworden sei, dass die Risiken ihr nicht viel ausmachen könnten. Eine Bankenkrise in Deutschland hielten sie offenbar für sehr unwahrscheinlich. Die Gefahr einer ganz gewöhnlichen Rezession sahen sie als gering an im Vergleich zu vorherigen Abschwüngen. Zudem gingen sie davon

aus, dass eine schlechte konjunkturelle Lage sich nicht mehr so schnell auf die Produktion auswirken werde. Das war, wie gesagt, im Frühjahr 2008. Die wenige Monate darauf folgende Bankenkrise mit dem stärksten Einbruch der Produktion seit 60 Jahren hatten sie offenbar nicht auf ihrer Rechnung.

Anderer – da muss man fair bleiben – haben zumindest die Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung etwas besser herausgearbeitet, auch wenn ihre Punktprognosen ebenso falsch waren. Etwa das Ifo Institut, das im Dezember 2007 titelte »Konjunktur verliert an Fahrt« und im Juni 2008: »Aufschwung geht zu Ende«. Oder das Institut für Weltwirtschaft, das am 11. September 2008 immerhin bekanntgab: »Deutsche Konjunktur: Leichte Rezession absehbar«. Vier Tage später musste die große amerikanische Investmentbank Lehman Brothers Insolvenz anmelden und löste damit einen schwarzen Oktober aus. Das Wort »leicht« war zur Beschreibung der darauf folgenden Rezession allerdings unangebracht optimistisch. Das IfW ersetzte es selbst drei Monate später durch die Feststellung »Deutsche Wirtschaft in einer schweren Rezession«.

Die Diagnose ist eindeutig und lautet Prognoseversagen. Offensichtlich sind die Methoden der deutschen Konjunkturforscher unzureichend, um eine Rezession, wie wir sie seit Ende 2008 erleben, in der Tendenz und im Ausmaß korrekt vorherzusehen. Angesichts der Ergebnisse möchte man mit dem alten Weisen John Kenneth Galbraith seufzen: »Der einzige Sinn ökonomischer Prognosen ist es, die Astrologie respektabel aussehen lassen.« Die ersten Nicht-Prognostiker regen an, Wirtschaftsprognosen ganz abzuschaffen.

Doch es ist voreilig, allein die Konjunkturforscher zu verurteilen. Denn im Prinzip erfüllen sie eine wichtige Aufgabe – wären sie dabei nur erfolgreich. Es läge im Interesse aller, würden Abschwünge rechtzeitig erkannt. Dann könnten sie nämlich frühzeitig bekämpft werden. Also sind Warnungen vor Fehlentwicklungen grundsätzlich sehr erwünscht, und der Versuch ihrer Vorhersage sollte nicht gleich eingestellt werden. Dazu kommt, dass die Konjunkturforscher, die bis jetzt zitiert wurden, nur eine kleine Gruppe unter den zahlreichen Wirtschaftsexperten bilden. Sie sind zwar diejenigen Ökonomen, die am lautesten für sich reklamieren, in die Zukunft blicken zu können. Aber sie arbeiten alle mit ähnlichen Methoden und nutzen dazu alle die gleichen beschränkten

Daten aus der Vergangenheit. In der weiten Welt der Ökonomie gibt es aber noch ganz andere Methoden und Herangehensweisen. Es gibt Tausende Ökonomen in Deutschland und noch viele mehr auf der Welt. Sie beobachten jeden Winkel der Wirtschaft: die Finanzmärkte mit den neuartigen Derivaten genauso wie den amerikanischen Immobilienmarkt oder die deutsche Exportindustrie. Auch sie blicken, jeder auf seine Art, stets ein wenig in die Zukunft. Haben sie vielleicht die Krise gesehen? Können die Prognostiker vielleicht von ihnen lernen?

Die anderen Ökonomen – Blind für den Crash

Es ist Ende 2007, die Ökonomen sind zufrieden mit der wirtschaftlichen Entwicklung des laufenden Jahres in Deutschland und denken so langsam an 2008. Die Journalisten auch. Der wohl bekannteste Volkswirt Deutschlands, Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn, wird von der *Süddeutschen Zeitung* im Interview gefragt, ob wir womöglich vor einer globalen Bankenkrise stünden. »Nein«, sagt Sinn. »Die Banken sind zwar vorsichtig geworden und verlangen in Amerika einen höheren Hypothekenzins. Sie vergeben häufig auch keine Kredite mehr. Ich glaube aber nicht, dass die Banken das Hauptproblem sind.« Eineinhalb Jahre später klingt das ganz anders. Sinns aktueller, akribisch recherchierter Bestseller zur Krise trägt den Titel *Kasino-Kapitalismus*. Er handelt in großen Teilen von Bankern, die versagt haben, weil sie falsch reguliert wurden, und von Zockern am internationalen Finanzmarkt. Im dritten Kapitel schreibt Sinn: »Die Bankenkrise nahm schon im August des Jahres 2007 ihren Anfang«, und weiter: »Das Jahr 2008 wird als das Jahr des großen Bankensterbens in die Geschichte eingehen.« In der Einleitung stellt er fest: »Die Finanzkrise ist (...) eine Krise des angelsächsischen Finanzsystems, das zum Kasino-Kapitalismus mutierte und leider auch in Europa immer mehr Nachahmer gefunden hat.« Offensichtlich hat Sinn seine Meinung geändert.

Dies ist nur ein Beispiel für die Irrungen und Wirrungen der deutschen Ökonomen in den vergangenen Jahren. Die prägnantesten Fehlprognosen für Deutschland wurden im ersten Halbjahr 2008 getroffen, als die Gefahren eigentlich schon sichtbar waren, sozusagen kurz vorm Exitus. Ihren Anteil daran hatten allerlei prominente Volkswirte, vom

Wirtschaftsweisen Bert Rürup über den Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts Thomas Straubhaar bis zum Bundesbankpräsidenten Axel Weber. Sie alle dachten oder hofften laut, Deutschland werde glimpflich davonkommen. Straubhaar glaube sogar noch lange, dass vielleicht sogar Amerika der Rezession entkommen könnte. Keiner von ihnen sah die Krise am Horizont. Keiner sah den Beinahe-Zusammenbruch der großen Banken überall auf der Welt. Keiner sah die dramatischen Folgen der Finanzkrise für die ganz normale Wirtschaft. Zumindest bekannte das niemand öffentlich oder wagte gar zu warnen. Keiner hat die Öffentlichkeit auf die Krise vorbereitet.

Doch es gibt Schlimmeres als diese Kurzsichtigkeit kurz vor dem Abgrund. Denn die Prognose eines Umschwungs in der Wirtschaft war von jeher besonders schwierig. Schlimmer als das Vermasseln kurz vor Schluss ist, dass Gefahren, die sich über lange Jahre aufgebaut haben, nicht gesehen oder zumindest nur in Teilen erkannt wurden. Auch dafür gibt es prominente Beispiele.

Ein Rückblick in den November 2004. In Deutschland diskutieren die Ökonomen über die Arbeitslosigkeit, die immer weiter steigt, sie fordern Reformen und nennen das eigene Land den »kranken Mann Europas«. Der Wirtschaftsweise Peter Bofinger jedoch schreibt ein Buch mit dem Titel *Wir sind besser, als wir glauben*. Dort findet er viele Argumente dafür, wieso Deutschland sich in seiner Wirtschaftspolitik wieder mehr an dem Ökonomen John Maynard Keynes orientieren sollte – er präsentiert Ideen, von denen einige heute wieder Mehrheitsmeinung sind. Doch Bofinger schreibt auch über die amerikanische Notenbank und ihren damaligen Chef Alan Greenspan. Der verteilt die Dollars im mauen Zeiten für die Wirtschaft besonders billig an die Banken, um die Konjunktur anzukurbeln, verlangt also nur äußerst niedrige Zinsen; die Europäische Zentralbank ist da viel vorsichtiger und senkt ihre Zinsen nicht so schnell. Bofinger lobt die amerikanische Art, das Geld zu verteilen. Greenspans Politik des billigen Geldes schon in den neunziger Jahren nennt er wagemutig und urteilt: »Dies beflügelte die Wirtschaft enorm.« Er lobt auch die zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buchs aktuelle Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank, die sehr niedrige Zinsen verlangt, und kritisiert die im Vergleich zögerliche Europäische Zentralbank. Über die Jahre 2000 bis 2004 schreibt Bofinger:

»Bei dieser Ladehemmung der Fiskalpolitik hätte Euroland nun dringend einer Unterstützung durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank bedurft. (...) Im Vergleich zur amerikanischen Notenbank ließ die EZB sich jedoch bei ihren Entscheidungen sehr viel Zeit und hielt sich auch bei der Dosierung zurück. (...) Ein vorausschauendes Handeln und eine gewisse Risikobereitschaft, wie sie bei den Entscheidungen der amerikanischen Notenbank zu erkennen sind, sind bei der EZB nicht ohne Weiteres zu erkennen.«

Das ist ein indirektes Loblied auf Alan Greenspan, der damals gern »Mägi der Geldpolitik« genannt wurde.

In Bofingers aktuellem Buch klingt das ganz anders. Dort ist Alan Greenspan auf einmal schuld am Höhenflug der Finanzwirtschaft, der in die Krise führte. »In den Jahren 2003 bis 2005 stellte er den Banken zeitweise Liquidität fast zum Nulltarif zur Verfügung, obwohl die Wirtschaft kerngesund war«, schreibt Bofinger nun vorwurfsvoll. »Ganz wie im Lehrbuch der Finanzierungstheorie entstand durch das billige Geld ein starker Anreiz, Finanzinvestitionen mit einem möglichst hohen Verschuldungsgrad einzugehen. So begannen überall exotische Finanzprodukte zu wuchern, die wie Schlingpflanzen immer stärker das reguläre Bankgeschäft erdrückten.«

Diese Interpretation der Finanzkrise findet nicht jeder Ökonom zutreffend. Manche, wie etwa Hans-Werner Sinn, glauben, dass Alan Greenspan keine Schuld an der Krise trifft. Wer von ihnen Recht hat, soll hier gar nicht entschieden werden. Klar ist aber: Bofinger hat seine Meinung grundlegend geändert. Und nicht nur das. Er bezieht sich in seiner neuen Kritik an der amerikanischen Zentralbank sogar in etwa auf die Zeit, in der sein vorheriges Buch mit dem Loblied auf Greenspan erschienen war. Hätte er doch damals schon gewarnt! Doch 2004 sah er alles offenbar noch anders. An anderer Stelle in seinem aktuellen Buch schreibt der Wirtschaftsweise, Greenspan sei von vielen Menschen lange Zeit als Maestro, als der Höhepreiser des Kapitalismus bewundert worden. Was er verschweigt: Auch er selbst hat diese Bewunderung geteilt. Nach einer Krise sieht man eben so manches anders. Das ging nicht nur Bofinger so.

In Amerika kommen Anfang 2003 die berühmtesten Ökonomen des Landes zusammen, zum Jahrestreffen der einflussreichen *American Economic Association*. Ihr damaliger Präsident Robert Lucas hält seine Eröffnungsrede. Der Volkswirt bekam 1995 den Nobelpreis für Wirtschafts-

wissenschaften dafür, dass er die Hypothese rationaler Erwartungen entwickelt hat. Damit, so die Preisbegründung, hat er die makroökonomische Analyse verändert und unser Verständnis der Wirtschaftspolitik vertieft«. Ebendieser Robert Lucas postuliert acht Jahre später in seiner Ansprache gegenüber seinen Kollegen etwas Erstaunliches:

Die Makroökonomie wurde in den 1940er Jahren geboren als Teil einer intellektuellen Antwort auf die Große Depression. (...) Meine These in diesem Vortrag ist, dass die Makroökonomie in ihrem ursprünglichen Sinn ans Ziel gekommen ist: Das zentrale Problem der Depressionsvermeidung ist in jeder praktischen Hinsicht gelöst, und es ist gelöst seit Jahrzehnten.

Man muss sich diese These auf der Zunge zergehen lassen: Die Depressionsvermeidung ist geschafft; eines der wichtigsten Ziele jeglicher Wirtschaftspolitik und -theorie ist erreicht. Die große Frage, wie die Große Depression zu verhindern gewesen wäre, der heilige Gral der Makroökonomie, er ist gefunden. Meint zumindest der Nobelpreisträger. Nachdem dieses elementare Problem gelöst ist, will er sich nun offenbar edleren Zielen zuwenden.

Man kann nur froh sein, dass Lucas' Rede nach Berichten von Beobachtern so trocken und so kompliziert war, dass er am Ende ein Drittel seiner Zuhörer an die diversen Cocktail-Partys verloren hatte, die rundherum stattfanden. Denn Lucas lag – leider – falsch. Sechs Jahre später steckt sein eigenes Land in einer Rezession, die in ihrer Dauer und Tiefe so nicht mehr da gewesen ist seit den Zeiten der Großen Depression. Zwischen Dezember 2007, dem Anfang der Rezession in Amerika, und Sommer 2009 haben mehr als sechs Millionen Amerikaner ihren Job verloren, die Arbeitslosenrate stieg um 4,5 Prozentpunkte auf 9,5 Prozent. Banken sind kollabiert, die Regierung musste sich so hoch verschulden, dass mancher an ihrer künftigen Zahlungsfähigkeit zweifelt. Schon ist die Rede vom Abstieg Amerikas als wirtschaftliche Supermacht. Das ist zwar noch keine Große Depression, aber das ist auch kein gewöhnlicher Abschwung. Und von einer tiefen Depression am amerikanischen Immobilienmarkt ist längst die Rede.

Iren ist menschlich – und offenbar ist Iren auch unter berühmten Ökonomen weit verbreitet; obgleich diese Spezies Mensch ihre Thesen gerne mit so viel Überzeugung in den Raum wirft, dass ein Irrtum aus-

geschlossen scheint. Aber nein: Prominente Ökonomen in aller Welt sind entweder von der Krise widerlegt worden oder haben sogar in aller Öffentlichkeit ihre Ansichten geändert, auch wenn sie ungern darüber reden. Aber sie tun es fast alle: Sie ändern ihre Meinung über die Fähigkeiten des einst hoch geschätzten Alan Greenspan. Sie geben in Interviews auf einmal überraschend marktskeptische Antworten. Sie gehen auf die Suche nach besseren Erklärungen für das, was in der Welt passiert – besser als die Theorien, an die sie bisher geglaubt hatten.

Trauen Sie keinem Ökonomen, der einen Vortrag hält und so überzeugend wirkt, als hätte er alles immer schon geahnt! Es ist sehr unwahrscheinlich, dass er es vorausgesehen hat. Denn wenn es den Volkswirten in den vergangenen Jahren an etwas mangelte, dann war es die Vorstellung, dass eine Krise entstehen könnte, die das gesamte System in seinen Grundfesten erschüttern würde. Das System lief ja so gut, wie geschmiert, kleinere Ausschläge gab es, aber die bekam man schnell in den Griff. So der herrschende Irrglaube.

Deshalb ist nicht nur von Bedeutung, welche Ansichten der Ökonomen sich heute als falsch erwiesen haben oder welche sie selbst als falsch erkannt und revidiert haben. Zentral ist auch, was sie vor der Krise nicht gesagt haben oder nur ganz leise geäußert, was sie etwa nur in Fachkreisen unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutierten. Dort, hinter den Kulissen, ist das eine oder andere warnende Wort gefallen. Dort sind viele Aspekte der Krise vor- oder andiskutiert worden. Denn natürlich hat eine ganze Reihe von Volkswirten einen Teil der Probleme schon vor der Krise erkannt. Der eine beobachtete die amerikanischen Hauspreise mit Sorge, der andere war beunruhigt, weil die Amerikaner so wenig sparten, der Dritte fand die Politik des billigen Geldes im Amerika gefährlich, der Vierte sah es mit Sorge, dass die Banken das systemische Risiko ihres Handelns vernachlässigten. Doch die Volkswirte machten einen Fehler: Sie haben die Dimension der Gefahr nicht erkannt und deshalb ihre Erkenntnisse nicht laut und öffentlich bekanntgegeben. Sie haben die Politik nicht mit aller Medienmacht aufgefordert, etwas zu ändern, bevor es zu spät war. Das lag wohl zumeist daran, dass sie es nicht vermocht haben, die einzelnen Kritikpunkte, die vielen Teile des Puzzles, zum großen Ganzen zusammenzusetzen. Das ist bedauerlich, denn das Puzzle hätte ein verheerendes Bild gezeigt: Krise, auch in Deutschland.

Es gab nur einzelne Warner, die fast alle Puzzelstücke richtig zusammensetzten. Dazu gehörten in Amerika Robert Shiller und Nouriel Roubini, in Deutschland vielleicht Max Otte und einzelne Analysten. Doch sie blieben Außenseiter im weitgehend gleich denkenden Heer der Volkswirte. Dabei war es nicht so, dass man sie nicht ab und zu anhöre – das gilt zumindest für Roubini und Shiller, die an bekannten amerikanischen Universitäten unterrichten. Doch sie wurden eine Zeit lang eher als Teil des Unterhaltungsprogramms wahrgenommen denn als ernst zu nehmende Warner, worauf etwa Roubinis heute populärer Spitzname »Dr. Doom« (Doktor Untergang) hindeutet. Erst als die Krise ihre ganze Dramatik zeigte, wurden auch die mahnenden Stimmen ernst genommen.

Neben den Warnern gab es noch diejenigen, zahlreich vertretenen Volkswirte, die einzelne Aspekte der Krise frühzeitig erkannten. Hier hat beinahe jeder Ökonom irgendetwas vorzuweisen und Versäumnisse in der Kommunikation zu bekennen. So warnten viele vor den größeren werdenden Ungleichgewichten auf dem Weltmarkt, vor allem vor der hohen Verschuldung der Amerikaner, mit der es so nicht weitergehen könne, etwa der Bundesbankpräsident Axel Weber oder auch der Wirtschaftsweise Peter Bofinger. Doch sie entwarfen weder überzeugende Szenarien, mit welch dramatischen Folgen diese Ungleichgewichte einmal beseitigt werden würden, noch machten sie schnell umsetzbare Vorschläge, wie man diese Ungleichgewichte sanft wieder loswerden könnte. So empfahl Axel Weber etwa in einer Rede aus dem Jahr 2007 den Europäern, ihr Wirtschaftswachstum zu erhöhen, um die Ungleichgewichte in den Griff zu bekommen. Das allerdings ist seit jeher das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik, ist auch sicher richtig, aber taugt doch wenig als Handlungsanweisung.

Ebenso vage hielt es der Rat der Wirtschaftsweisen, der im Jahr 2006 den Ungleichgewichten gleich ein ganzes Kapitel seines Gutachtens widmete. Er kam zwar zum Schluss, dass die Amerikaner ihre hohe Verschuldung nicht für immer und ewig aufrechterhalten könnten, nannte die Nettoauslandverschuldung jedoch »zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht besorgniserregend«. Zudem wirkte der Schluss des Kapitels wie ein starkes Beruhigungsmittel: »Es besteht (...) weithin Konsens, dass die für einen Abbau der Ungleichgewichte als wahrscheinlich angesehe-

nen Basisszenarien vergleichsweise geringe Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bedeuten.« Das klingt nicht gerade, als müsse man sich Sorgen machen. Ina ebenfalls diskutierten Risikoszenario ging es dann zwar auch um eine mögliche schwere Rezession in den Vereinigten Staaten, jedoch begleitet von einer starken Abwertung des Dollars; das sollte nicht das Problem der Finanzkrise werden.

Ein anderes Beispiel für das Erkennen interessanter Teilaspekte der Krise sind frühe Arbeiten von Hans-Werner Sinn zum Systemwettbewerb. Dort beschreibt Sinn, dass die meisten Länder der Welt um die Ansiedlung von Unternehmen konkurrieren, was zu einem Wettbewerb der politischen und wirtschaftlichen Systeme führt. Er nennt dabei auch die Banken, die sich verstärkt dort niederlassen, wo die Bankenaufsicht möglichst lasch ist. Das kann, so Sinns These, unter den Ländern, die Finanzplatz sein wollen, zu einem gefährlichen De-regulierungswettbewerb führen. Das ist ein interessanter Gedanke, der sicherlich dazu getaugt hätte, die Politik frühzeitig zu warnen, wenn man ihm gefolgt und stärker ins Detail gegangen wäre. Doch als Hans-Werner Sinn seine Beobachtung im Jahr 2001 vor der versammelten Ökonomenschar des Vereins für Socialpolitik vortrug, leitete er daraus keine konkrete Warnung ab. Er entwickelt kein Krisenszenario, das die mögliche Dramatik des Problems angemessen beschreibt. Seine Rede erwähnt diese Art des Systemwettbewerbs vielmehr als drittes von drei Beispielen. Der kurze Ausflug zu den Banken schließt mit dem Satz: »Insofern sind die Bemühungen der BIZ [Bank für Internationalen Zahlungsausgleich], mit dem Basel-II-Abkommen eine De-facto-Harmonisierung der Bankenregulierung zu erreichen, ein Schritt in die richtige Richtung.« Sieht so die Warnung vor einer großen Finanzkrise aus? Wohl eher nicht.

Die Beispiele zeigen: Unter den in der Öffentlichkeit stets präsenten Volkswirten hatte sich über lange Jahre ein Krisen-Optimismus verbreitet. Man glaube, gute Instrumente zu haben, um tiefe Rezessionen zu verhindern. Man glaube, Deutschland sei vor allem durch seine Arbeitsmarktreformen gut gerüstet, sei im Großen und Ganzen gewappnet gegen Turbulenzen auf den Welt- und Finanzmärkten. Die Mehrheitsmeinung lautete, unser Land sei nun besser auf Krisen vorbereitet als jemals zuvor. Diese Meinung hat sich als falsch erwiesen.

Hinterher ist man immer schlauer – Ökonomen in der Kritik

Eine Zeit lang, auf dem Höhepunkt der Krise im Herbst 2008, schien es beinahe so, als seien unsere Star-Ökonomen in eine Schockstarre gefallen. Man hörte nicht mehr viel von ihnen. Nur die Prognostiker mussten – das waren sie ihrem festen Zeitplan schuldig – weiterhin öffentlich auftreten und ihre Prohezeiungen unters Volk bringen. Sie lieferten sich dabei einen Wettlauf nach unten, der die Politik und die Öffentlichkeit verwirrte und offensichtlich auch die Prognostiker selbst. Zum Konjunkturpfeil im Kanzleramt kurz vor Weihnachten 2008 wurden sie ebenfalls gerufen – und hatten nichts Rechtes beizutragen. Der damalige Vorsitzende des Sachverständigenrats, Bert Rürup, und der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, trugen dort angeblich vor allem vor, was sie über die Konjunktur nicht wussten. Kurz zusammengefasst: Diese Krise sprengte in Geschwindigkeit und Ausmaß alles bisher Dagewesene, deshalb könne man die Daten aus der Vergangenheit nicht verwenden, um die Zukunft zu sehen. Mit Gewissheit könne man nur sagen, dass nichts mehr gewiss sei.

Einen ähnlichen Eindruck konnte gewinnen, wer auf dem Höhepunkt der Krise als Journalist bei der Prominenz der deutschen Volkswirtschaft anrief. Überrascht vom Geschehen, war sie gerade erst dabei, das Ganze für sich zu sortieren. Zum ersten Mal seit vielen Jahren schien sie nicht klüger zu sein als jeder andere, der die aktuellen Nachrichten verfolgte. Zum ersten Mal hatte sie keine über den gesunden Menschenverstand hinausgehenden Ratschläge parat. Ja, sie war teilweise sogar ratlos und desorientiert. Die Journalisten und Politiker diskutierten derweil die Zukunft der Wirtschaft bevorzugt mit Bankern, Unternehmern, Managern und mit sich selbst. Nur die wenigen auf Finanzmärkte spezialisierten Ökonomen konnten sofort mitreden. Die Allrounder unter den Volkswirten hingegen waren überfragt. Das war die Öffentlichkeit von ihnen nicht gewohnt.

Sie musste sich aber auch gar nicht daran gewöhnen, denn diese Phase war bald vorbei – bei manchen nach wenigen Wochen, bei anderen nach ein paar Monaten. Dann hatten die Star-Ökonomen sich wieder im Griff, zeigten sich eingearbeitet in die Finanz-Alchemie und mischten sich wieder ein, als sei nichts geschehen. Sie präsentierten ihre Krisenlösungs-

vorschläge, wie sie einst ihre Reformen für den Arbeitsmarkt präsentiert hatten. Sie forderten eine bessere Bankenregulierung, monierten Fehler im Rettungspaket und diskutierten, ob ein Konjunkturpaket vonnöten sei. Auf einmal konnten sie ganz konkret die Gründe für die Krise benennen und vermittelten gerne den Eindruck, als hätten sie alles immer schon geahnt. Die eigenen Fehler verdrängten sie – und wunderten sich, dass sie nicht mehr so vorbehaltlos angehört wurden wie bisher. Vielmehr schlug ihnen auf einmal ein harter Wind entgegen, ein wahrer Sturm der Entrüstung, deutlich stärker, als sie es sowieso schon zu normalen Zeiten erlebt hatten (denn Ökonomen gehörten leider noch nie zu den beliebtesten Zeitgenossen).

So schimpfte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Peter Struck, nach dem neuen Gutachten der Wirtschaftsweisen im November 2008 ganz offen über das einst so angesehene Gremium. »Ich glaube denen kein Wort«, sagte er. Mit ihren Prognosen produzierten »diese sogenannten Weisen vor allem viel heiße Luft«. Interessanterweise teilte er diese Sätze nicht dem *Handelsblatt* mit oder einem ökonomischen Fachmagazin. Er wählte für seinen Wutausbruch die Wochenzeitschrift *Super Illu*, die sich eher durch sentimentale News über einstige DDR-Prominenz als durch die Behandlung ökonomischer Themen einen Namen gemacht hat. Doch sie hat Leser, ist in Ostdeutschland die größte Kaufzeitschrift und erreicht dort nach eigenen Angaben mehr Menschen als *Der Spiegel*, *Focus*, *Stern* und *Bunte* zusammen. Dort also, mitten auf dem Boulevard, bekannte Struck, er habe Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vorgeschlagen, den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abzuschaffen. »Ich finde, wir haben genug Sachverstand in den Ministerien, um Erkenntnisse zu sammeln, und genug Sachverstand in der Politik, um die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen«, sagte er. Dieser Vorschlag wurde zwar bisher von der Regierung nicht weiter verfolgt, zeigt aber, wie sehr das Ansehen der professionellen Prognostiker unter der Krise gelitten hat und wie populär das Ökonomen-Bashing geworden ist.

Struck war nicht der einzige Politiker, der sich kritisch äußerte. Finanzminister Steinbrück, selbst ein studierter Ökonom, soll in der Zeit der großen Rettungs- und Konjunkturpakete hinter den Kulissen wenig Gelegenheiten ausgelassen haben, sich über die falschen Vorhersagen zu

mokieren und sich über den Pessimismus unter den Prognostikern zu beschweren. Als der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, einmal besonders pessimistische Prognosezeiungen ausstieß, soll Steinbrück sogar bei Walters oberstem Chef Josef Ackermann persönlich interveniert haben. Das erzählt zumindest Norbert Walter – und zeigt sich empört, denn solches Gebaren waren Ökonomen bisher in Deutschland nicht gewohnt.

Selbst die Bundeskanzlerin – normalerweise mit Kritik in der Öffentlichkeit vorsichtig – hat auf ihre Merkel'sche Art den Wirtschaftswissenschaftlern öffentlich die Leviten gelesen. In einem Interview am 11. Juni des Jahres 2009 wurde sie von der ZDF-Moderatorin Maybrit Illner darauf angesprochen, dass die Wirtschaftsweisen die Hilfe des Staates für Opel kritisiert hatten. Die Ökonomen hatten gewarnt, mit dem Verzicht auf ein Insolvenzverfahren für den Autobauer sei ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen worden. Merkel entgegnete mit ruhiger Stimme Folgendes:

Es ist nicht das erste Mal, dass wir von Wirtschaftsweisen kritisiert werden, aber es haben sich viele Wirtschaftskenner auch ziemlich geirrt in den letzten Jahren. Und deshalb nehme ich es mir heraus, jetzt politisch so zu entscheiden, wie wir entschieden haben.

Das sind die Worte einer Bundeskanzlerin, die der CDU angehört, einer Partei, die traditionell immer recht offen war, wenn es um Empfehlungen von Wirtschaftsfachleuten ging. Wenn sie solche Sätze schon in aller Öffentlichkeit gebraucht, dann bekommt man eine Ahnung, wie sehr sie die ökonomischen Berater im stillen Kämmerlein gescholten haben mag. Immerhin hatte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann, schon Monate zuvor einmal angedeutet, dass die Konjunkturforscher Ende 2008 im Kanzleramt gemahnt worden waren. Es sei darüber gesprochen worden, dass die Ökonomen alle verwirren, sagte er.

Es sind vor allem die falschen Prognosen, die die heutigen Ratschläge der Wirtschaftswissenschaftler in Misskredit bringen. Zur Verwirrung trägt auch bei, dass es eine Vielfalt von Ratschlägen zur Lösung der Krise gibt. Peer Steinbrück etwa machte sich öffentlich darüber lustig, dass ihm auf dem Höhepunkt der Krise jeden Morgen mindestens drei

Ökonomen, von denen er angeblich »noch nie gehört« hatte, kluge Ratschläge über die Zeitung erteilten. Auch VWL-Studenten spötteln heute gerne über den Ökonomen als Politikberater, der in dieser Krise häufig Vertreter anderer Disziplinen zur Hilfe rufen muss. Ein alter Witz macht an den Universitäten wieder die Runde:

Ein Mann in einem Ballon fragt einen anderen am Boden nach dem Weg. Woran erkennt man nun, dass der Ballonfahrer ein Ökonom und der am Boden ein Jurist sein muss? Ganz einfach: Der Ballonfahrer hat zunächst einmal einen Haufen heißer Luft produziert, dann ist er in irgendwelchen Sphären umhergeschwebt, und als er nicht mehr weiterwusste, hat er einen Juristen nach dem richtigen Weg gefragt.

Das öffentliche Bild des Volkswirts als Politikberater kann nicht mehr viel schlimmer werden.

Schluss mit dem Unsinn? Ökonomen in der Sinnkrise

Die Fähigkeit zur Selbstkritik ist nicht die erste Eigenschaft, die ein erfolgreicher Ökonom mitbringen muss. Doch nach all diesen Anfeindungen von außen kommt auch die wissenschaftliche Zunft der Volkswirte nicht umhin, sich dem eigenen Versagen zu widmen. Die Wirtschaftskrise hat die Ökonomen in eine Sinnkrise gestürzt. Die Debatte hat gerade erst begonnen. Die Fragen lauten: Was ist da schiefgelaufen? Und was kann Ökonomie überhaupt?

Mittlerweile diskutieren die deutschen Volkswirte so heftig über die Fehler ihrer Wissenschaft, dass man sich wundert, ob es manche Streitihäne überhaupt noch gemeinsam auf einem Podium aushalten könnten – oder ob sie sich dann zerfleischen würden. Ganz öffentlich greifen sie einander an, beschuldigen manchmal sich selbst, meistens aber die anderen, vieles, wenn nicht alles falsch gemacht zu haben. Sie geben Interviews zum Thema, halten Vorträge, veröffentlichten Auftrufe, Aufsätze, wissenschaftliche Papiere. Es ist eine reichlich unübersichtliche Diskussion. Prognostiker klagen sich selbst an, Keynesianer und Wachstumsskeptiker triumphieren, Ordnungspolitiker attraktieren moderne Makroökomenen, die wiederum schimpfen zurück, während die Psychologen unter den Volkswirten Lob einheimen und die Konjunktur-

theoretiker österreicherischer Schule sich selbst beglückwünschen. Grob kann man in der Diskussion zwei Stränge ausmachen: Die einen diskutieren über Sinn, Zweck und Methoden von Konjunkturprognosen. Die anderen werden viel grundsätzlicher und diskutieren über Sinn, Zweck und Methoden der gesamten Ökonomie.

Da die in der Öffentlichkeit sichtbarsten Fehlgrieffe der Ökonomen ihre Prognosen sind, geriet die Zunft auch zuerst darüber in Streit. Es war DIW-Chef Klaus Zimmermann, der sein Versagen als Erster öffentlich anprangerte. Sein Institut hatte sich im Jahr 2008 mit sehr optimistischen Vorhersagen ganz besonders blamiert. Schon im Jahr zuvor war es von der Bundesregierung aus der Gemeinschaftsdiagnose zur Konjunkturentwicklung ausgeschlossen worden, worauf Zimmermann damals heftig protestiert hatte. Ende 2008 aber erkannte Zimmermann offensichtlich, dass das ständige Korrigieren der Wachstumsprognosen nach unten den Ruf der Konjunkturforscher seines Instituts endgültig ruinieren könnte. Also machte er kurzerhand einen höchst erstaunlichen Vorschlag. Im Dezember 2008, kurz nach seinem 56. Geburtstag, regte er auf dem Konjunkturipfel im Bundeskanzleramt einen Prognosestopp an. »Wir sollten langsam aufhören, immer neue Horrorprognosen zu produzieren«, sagte er in den folgenden Tagen. Es bestehe bei sehr düsteren Prognosen die Gefahr von sich selbst erfüllenden Prophezeiungen. Damit meint er, dass allein die Prognose einer schlechten Wirtschaftsentwicklung diese auch herbeiführen kann. Der Grund dafür könnte sein, dass die Menschen und vor allem die Unternehmer wegen der Vorhersage pessimistisch werden, weniger konsumieren und investieren und dadurch die Wirtschaft bremsen. Ob das wirklich geschehen kann, ist allerdings unklar.

Zimmermanns Vorschlag löste in der Öffentlichkeit nichtsdestotrotz eine amüsierte Debatte aus. Die Journalisten waren begeistert ob so viel Selbstkritik, den Politikern gefiel es ebenfalls, dass die ewigen Besserwisser und Reform-Forderer sich selbst infrage stellten. Zimmermanns Kollegen jedoch waren entrüstet. Nahezu alle bekannten Konjunkturforscher wandten sich gegen diese Idee. Gerne nutzten sie dabei wilde Bilder. Etwa dieses: Eine Lungenentzündung sei nicht heilbar, indem man das Fieberthermometer nicht mehr einsetze. Oder dieses: Eine Taschenlampe spende wenig Licht, werde deshalb aber nicht im Dunkeln

ausgeknipst. Besonders weit in seinem Protest gegen Zimmermann ging das Ifo Institut. »Für eine Manipulation der Prognose zum Zweck der Beruhigung der Öffentlichkeit steht das Institut nicht zur Verfügung«, heißt es in einer Erklärung vom Dezember 2008. Überraschend ist diese Entrüstung der Prognostiker nicht – schließlich verdienen die Forscher Geld mit ihren Vorhersagen, die Bundesregierung bezahlt sie dafür. Und so einfach lässt sich kein Wissenschaftler die Sinnlosigkeit des eigenen Berufs vorwerfen. Das hatte wohl auch Zimmermann nicht erwartet.

Ganz allein mochte er seinen Prognosestopp dann jedoch auch nicht konsequent einhalten. Immerhin setzte er durch, dass sein Institut zunächst einmal keine Prognosen mehr veröffentlichte, die weiter als ein Jahr in die Zukunft gingen. Er erläuterte das in einem Interview mit der Online-Redaktion der Wochenzeitung *Die Zeit*:

Warum sollten wir sagen, wir wissen etwas, wenn das nicht stimmt? Wohin das führt, haben wir in den letzten Monaten beobachten können. Seit Beginn der Finanzkrise waren alle langfristigen Prognosen falsch. Unsere, aber auch die der anderen. So verwirren wir das Volk – und laufen Gefahr, dass niemand mehr zuhört.

Zimmermann ist der lauteste Kritiker aus den Reihen der Prognostiker. Die von ihm losgetretene Debatte kann sich an eindeutigen Belegen orientieren: an den Fehlprognosen. Kein Ökonom kann diese Beweislast leugnen. Das allerdings hält die Uneinsichtigen nicht davon ab, weiterhin so zu tun, als sei es eine Zumutung, ihnen Versagen vorzuwerfen. Sie verfolgen zwei Rechtfertigungsstrategien. Die einen sind resigniert und behaupten, es sei nun einmal so, Zeitpunkt und Heftigkeit solcher Krisen seien nicht zu prognostizieren, ähnlich wie ein Erdbeben oder ein Tsunami. Die anderen argumentieren grundsätzlicher. Sie behaupten, sie selbst und die Ökonomen an sich seien nun wirklich nicht zuständig für Prognosen. Das sei ausschließlich Sache der Konjunkturforscher, die allerdings nur einen sehr kleinen Teil der Volkswirte ausmachen, der dazu noch in einem reichlich dubiosen Geschäft unterwegs sei.

Die Resignierten sind vorzugsweise unter den Prognostikern selbst anzutreffen, wissen sie doch am besten, wie fehlerhaft ihre Prophezeiungen sind. Sie haben es jahrelang erlebt, untersucht, sich geärgert – und versucht, nicht allzu viel darüber zu sprechen. Nun aber wndern sie sich,

dass die Öffentlichkeit von ihnen Genauigkeit erwartet oder zumindest die richtige Tendenz der Prognose. Sie argumentieren, ihre Prohezeiten seien *bedingte* Vorhersagen. Wenn sich die Bedingungen ändern, stimmen sie eben nicht mehr (und wer will bestreiten, dass sich in der Finanzkrise ein paar grundsätzliche Bedingungen geändert haben). Wenn man mit ihnen spricht, fragt man sich allerdings, wieso sie sich nicht gleich Zimmermanns Forderung anschließen, Prognosen ganz zu lassen – scheinen sie doch ohnehin kaum Hoffnung in die Aussagekraft ihrer Vorausschätzungen zu setzen. Doch das tun sie nicht, und lieber werfen sie der Öffentlichkeit vor, diese nehme die Punktprognosen einfach zu ernst und übersehe die Einschränkungen im Detail. Was solche extrem eingeschränkten Prognosen dann noch nützen, hinterfragen sie hingegen nicht, zumindest nicht öffentlich.

Ökonomen, die glauben, dass sie gar nicht für Prognosen zuständig seien, gibt es überall. Diese Meinung ist unter Volkswirten jedweder Couleur verbreitet – nur nicht unter Prognostikern, selbstverständlich. Sie fühlen sich nur für die Vergangenheit und die Interpretation derselben zuständig, höchstens noch für die Gegenwart, keinesfalls aber für die Zukunft. Doch stimmt das überhaupt? Machen gewöhnliche Wald- und Wiesen-Ökonomen keine Vorhersagen? Betrachten wir sie einmal genauer.

Volkswirte sind eine ganz besondere Spezies. Sie haben es geschafft, sich in den vergangenen Jahrzehnten und weltweit gehörigen Einfluss auf die Politik zu sichern. Das ist vor allem dann beeindruckend, wenn man sie mit anderen Wissenschaftlern vergleicht. Politikwissenschaftler etwa, Physiker, Mediziner, Psychologen – keiner von ihnen wird ähnlich regelmäßig gebeten, Empfehlungen auszusprechen, wie die Politik verändert werden müsste (Achtung, auch hier geht es um die Zukunft), oder tut es ähnlich oft und lautstark ungefragt von sich aus. Und das, obwohl in Deutschland sogar eine Physikerin Bundeskanzlerin ist. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung ist öffentlich deutlich weniger präsent als der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Selbst die mittlerweile äußerst einflussreichen Klimaforscher können mit den Ökonomen nicht Schritt halten, ja, ihnen wird sogar Konkurrenz gemacht. Denn die Volkswirte – kluge Marktwirtschaftler, wie sie es eben sind – haben

längst entdeckt, dass es zum Thema Klimawandel eine große Nachfrage an Politikberatung gibt. Deshalb mischen sie mit.

Der große Einfluss der Ökonomen in der Politik resultiert aus ihrer Beschäftigung mit einem der wichtigsten Themen der Welt: Wohlstand und wie man ihn vermehrt oder zumindest aufrechterhält (merke, auch hier geht es wieder um die Zukunft). Ihre wichtigste Antwort darauf, wie man Wohlstand vermehrt, lautet etwas vereinfacht: Wachstum – und infolgedessen Arbeitsplätze. Demnach gilt: Die Zukunft ist das Kerngeschäft der Volkswirtschaft. Aus ihr bezieht die Wissenschaft ihre Relevanz für das praktische Leben und ihre ungeheure Macht in der Politikberatung. Ob die Ökonomen das nun einsehen wollen oder nicht, sie sind beinahe alle zuständig für Prognosen im weiteren Sinne.

Wenn etwa ein Finanzwissenschaftler empfiehlt, eine »Flat tax«, also einen einheitlichen Steuersatz für alle, einzuführen, dann tut er das in der Regel, weil seine Modelle vorhersagen, dass genau diese Maßnahme der Motivation der Arbeitskräfte und der Senkung der Arbeitslosigkeit zuträglich ist – und damit schlussendlich das zukünftige Wachstum der Wirtschaft ankurbelt. Wenn ein Volkswirt fordert, die EU-Agrarsubventionen abzuschaffen, dann tut er es in der Regel, weil er der festen Überzeugung ist, dass dann der Welthandel stärker wird, was dem Ausland und dem Inland zugute kommt – sodass die Weltwirtschaft insgesamt bald stärker wachsen kann. Wenn ein Geldtheoretiker angesichts flauer Konjunktur empfiehlt, dass die Notenbank die Zinsen senken soll, dann tut er das, weil die Banken dann billiger Geld bekommen, die wiederum billiger Kredite an die Unternehmen geben, welche in der Folge mehr investieren, was zu Wachstum führt. In Zukunft! Nicht selten hat der Volkswirt diesen Wachstumseffekt vorher ungefähr oder auch ziemlich genau berechnet, also eine bedingte Prognose aufgestellt. Ja, sogar ein Wirtschaftshistoriker, der ja wirklich nur für die Vergangenheit zuständig zu sein scheint, ist für die Zukunft sehr regelmäßig von Bedeutung. Erforscht er beispielsweise, welche Politik die Große Depression in den dreißiger Jahren verstärkt hat, dann ist er damit derzeit aktueller und gefragter denn je. Denn es geht ihm natürlich auch darum, zu verhindern, dass solche Fehler in Zukunft wiederholt werden.

Es ist also die selbst gesetzte Pflicht beinahe jedes Volkswirts, dass er Gefahren oder Fehlentwicklungen erkennt, benennt und Alternativen

entwickelt. Es geht dabei natürlich nicht um haargenaue Prognosen im Sinne der Konjunkturforscher. Diese machen tatsächlich nur einen kleinen, äußerst fehleranfälligen Teil der Ökonomie aus. Es geht eher um die Vorhersage von Tendenzen, von Auswirkungen bestimmter Marktkonstellationen oder Politikeingriffe. Und auch um Warnungen, wie sie etwa die Klimaforscher in den vergangenen Jahren verstärkt aussprechen. Ein entsprechender Satz hätte lauten können: Wenn wir jetzt nicht die Banken deutlich stärker regulieren, droht uns bald eine große weltweite Finanzkrise. Oder: Wenn die amerikanische Hauspreislase platzt, wird das auch Deutschland in die Rezession stürzen. Oder kurz vor dem Lehman-Crash: Wenn in dieser Vertrauenskrise auch nur eine einzige große Bank nicht gerettet wird, wird das ganze Finanzsystem ins Wanken geraten. Solche Sätze hat man aus dem Kreis der bekannten Ökonomen leider kaum oder gar nicht gehört.

Doch nach wie vor bestreiten das einige heftig. Sie werfen lieber der Öffentlichkeit und den Medien vor, unfähig zu sein, ihre exakten Vorhersagen der Krise wahrzunehmen oder unwillig zu sein, darüber zu berichten. So schreibt etwa Hans-Werner Sinn in einem Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*:

Das Problem ist nicht, dass Ökonomen nicht gewarnt haben, sondern dass die Journalisten über ein selektives Gehör verfügen, das unterdrückt, was sie nicht für tagesaktuell halten.

Er liegt damit nicht falsch. Leider haben Journalisten tatsächlich ein selektives Gehör. Und leider hinken sie dem Geschehen auf den Märkten allzu häufig hinterher. Wenn ein Boulevard-Blatt über gute Geschäfte mit Aktien berichtet, dann sollte man dringend aussteigen, lautet eine alte Börsenhändlerweisheit. So war es immer, und das ist bedauerlich. Es ist sicherlich an der Zeit, dass auch einmal jemand das Versagen der Journalisten in dieser Krise aufarbeitet. Das jedoch ist nicht Thema dieses Buches und sei unbefangeneren Autoren überlassen. Fest steht: Journalisten sind keine Vollzeitökonom. Wenn sie über die Konjunktur berichten, wenden sie sich an Fachleute; wenn sie über die Regulierung von Banken und Finanzmärkten berichten, ebenso. Und ganz im Ernst: Welcher Journalist hätte ein Interview nicht gedruckt, in dem ein berühmter Ökonom laut und vernünftig vor einem Zusammenbruch

des Finanzsystems warnt? Wer hätte sich diese Schlagzeile entgehen lassen? Am Ende ist es unter Ökonomen doch vermutlich genauso wie unter Journalisten: Man setzt Prioritäten für das, was man an die Öffentlichkeit bringen will. Und manchmal setzt man sie falsch, weil man bestimmte Entwicklungen falsch einschätzt.

Das ist vielen Forschern mittlerweile bewusst, und sie haben sich in eine grundsätzliche Debatte verstrickt. Sie diskutieren über das Versagen, den Sinn und die künftige Ausrichtung ihrer gesamten Wissenschaft. Sie fragen: Wer von uns hat besonders versagt? Welche andere Ausrichtung der Volkswirtschaft hätte das verhindern können? Wohin soll es mit der Ökonomie in Zukunft gehen? Da hat selbstverständlich jeder Professor eine andere Meinung.

»Ihr seid schuld« – Ökonomen gegen Ökonomen

Im Frühjahr 2009 blasen 83 Professoren der Volkswirtschaft zum Angriff. Am 27. April veröffentlichten sie in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen gemeinschaftlichen Aufruf. Darin fordern sie: »Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten!« Ein schon seit einigen Monaten schwelender Streit erreicht damit seinen vorläufigen Höhepunkt. Die Ökonomen schreiben:

Mit Sorge verfolgen wir, 83 Professoren der Volkswirtschaftslehre, die zunehmenden Bestrebungen, die Lehre von der Wirtschaftspolitik an den Universitäten zurückzudrängen. Professuren für Wirtschaftspolitik sollen zweckentfremdet oder umgewidmet werden, und betriebswirtschaftliche Bachelor-Studiengänge sehen wirtschaftspolitische Lehrveranstaltungen nicht mehr vor.

Unterzeichnet ist der Aufruf vor allem von älteren und emeritierten Professoren. Unter ihnen finden sich so unterschiedliche Namen wie Rudolf Hickel, der auch einmal auf Atrac-Veranstaltungen auftritt, Joachim Starbatty, der zu den konservativen Ordnungspolitikern zählt, und Bruno S. Frey, der vor allem mit seiner empirischen Glücksforschung bekannt wurde. Den 83, wie sie fortan genannt werden, geht es darum, die Trennung von Wirtschaftspolitik und -theorie qua Lehrstuhl aufrechtzuerhalten, so wie sie in Deutschland seit langem Tradition ist, im Ausland jedoch nicht. Der Aufruf schließt mit der Feststellung: »Profes-

suren für Wirtschaftspolitik müssen daher unabdingbarer Bestandteil der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und Lehre bleiben.« Doch diese Trennung von Wirtschaftspolitik und -theorie wird mehr und mehr zurückgedrängt, da die deutschen Universitäten sich zunehmend an den Gepflogenheiten im Ausland orientieren. Ein Generationenwechsel ist im Gange, der den Älteren nicht behagt.

Auslöser der Debatte ist ein Streit darüber, wie sechs frei werdende Lehrstühle an der Universität zu Köln besetzt werden sollen. Die Universität plant, alte wirtschaftspolitische Lehrstühle unzuwidermen und mit einem Team von Makroökonomien zu besetzen. Damit will sie junge deutsche Forscher, die ins Ausland abgewandert sind, zurücklocken. Doch sie hat nicht damit gerechnet, dass sie damit andere Ökonomen – vor allem solche älteren Semesters – verärgern würde. Denn moderne Makroökonomien sind nicht überall beliebt. Sie sind eine Spezies der Ökonomen, die die ganze Volkswirtschaft (oder mehrere davon) betrachten und dazu bevorzugt komplexe mathematische Modelle nutzen. Es gibt einige Volkswirte, die diese Mathematisierung kritisieren. Sie befürchten, dass sie in Realitätferne ausartet und die Relevanz der Wissenschaft für die Wirtschaftspolitik verloren geht. Stattdessen befürwortet ein Teil dieser Kritiker die – typisch deutsche – normative Politikberatung, die sich an bestimmten selbst definierten Werten orientiert. Genau für diese Art der Ökonomie stehen die alten Lehrstühle, die ersetzt werden sollen.

Es geht um Lehrstühle, Macht und Pfründe. Vor allem aber geht es darum, wie die Politik in Zukunft beraten wird: anhand von Leitlinien und Werten, die sich die Wissenschaft selbst gibt, oder durch möglichst objektive, wertfreie Forschung (von der einmige behaupten, es gebe sie gar nicht). Letztendlich dreht sich der Streit um das Grundverständnis von der eigenen Wissenschaft. Die Unterzeichner sind der Meinung, die Wirtschaftspolitik brauche normative Grundlagen, also bestimmte Werte und Ziele, die die Wissenschaftler selbst definieren. Doch die 83 Professoren sehen, dass andere Vorstellungen immer wichtiger werden in der Wissenschaft. Sie klagen den Einfluss der Modelltheoretiker unter den Ökonomen an, die sie als abgehoben und realitätsfern beschreiben:

In der volkswirtschaftlichen Theorie herrscht die Tendenz vor, aus jeweils gewählten Annahmen logische Schlussfolgerungen abzuleiten. Das jeweilige

Ergebnis ist bereits vollständig in den Annahmen enthalten. Diese Methodik (...) ist aber für die Analyse realweltlicher Wirtschaftspolitik wenig geeignet.

Das Wort »Finanzkrise« fällt in dem Auftruf übrigens nicht einmal, doch er ist in seiner Deutlichkeit und in seinem öffentlichen Widerhall nur vor dem Hintergrund der Krise zu verstehen. Auf einmal sind viele mächtige Ökonomen orientierungslos. Sie müssen erkennen, dass ihre Zunft zwar den ganzen Tag zur Wirtschaft forscht, dabei aber wichtige Geschehnisse vernachlässigt hat. Für die 83 liegt der Grund dafür offenbar bei den anderen, bei denjenigen, die sie selbst in den Hintergrund gedrängt haben. Sie sind sicher, dass das Fach Volkswirtschaftslehre, so wie es jetzt ist, den Beitrag vernachlässigt, den es zur Lösung praktischer wirtschaftlicher Probleme leisten könnte. »Aber die Wissenschaft hat eine gesellschaftliche Verantwortung«, schreiben sie. »Sie ist gehalten, anwendbare Ergebnisse zu produzieren.«

Der Auftruf löst eine hitzige Debatte aus. Gerade die jüngeren Ökonomen fühlen sich angegriffen, und am 8. Juni 2009 erfolgt der öffentlichkeitswirksame Gegenschlag. Im *Handelsblatt* fordern 188 Wirtschaftswissenschaftler: »Baut die deutsche VWL nach internationalen Standards um!« Ihre Antwort ist in ganz ähnlichem Stil verfasst wie der Auftruf der 83. Sie schreiben:

Mit Sorge verfolgen wir, 188 Professoren und Forscher der Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften, die Bestrebungen einiger unserer Kollegen, für eine Zementierung international nicht wettbewerbsfähiger Strukturen an deutschen VWL-Fakultäten zu argumentieren und den Blick der Öffentlichkeit auf den nützlichen Beitrag unserer Wissenschaft für die Lösung der drängenden Probleme zu verstellen. Dazu wird ein Zerrbild moderner ökonomischer Forschung gezeichnet.

Die Ökonomen­schar hat sich in aller Öffentlichkeit in zwei Gruppen gespalten: Die einen sind traditionsbewusst und wollen weiterhin die klassische Trennung von Wirtschaftspolitik und -theorie an deutschen Universitäten aufrechterhalten; die anderen sind fortschrittlich und halten diese Trennung für einen unfruchtbaren deutschen Sonderweg. Der Streit ist deshalb auch ein Generationenkonflikt (auch wenn so mancher Emeritus aufseiten der Jungen steht und umgekehrt), und er schwelt schon lange. Doch erst die Krise hat die Ökonomen dermaßen in ihrem Selbstverständnis

mis erschüttert, dass der Konflikt ganz offen und zum Teil äußerst aggressiv zutage tritt. Vorreiter des Gegenaufbaus der 188 sind Harald Uhlig und Rüdiger Bachmann, beide Deutsche, die in Amerika lehren, der eine in Chicago, der andere an der Universität von Michigan in Ann Arbor. Sie führen den Methodenstreit auch im Internet weiter, Uhlig in seinem Blog, Bachmann auf seiner Universitäts-Homepage. Sie scheuen sich nicht, in ihrem Manifest deutlich Stellung gegen die 83 zu beziehen. Und sie scheuen auch nicht vor dem Wort »Finanzkrise« zurück:

Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wirft neue Herausforderungen auf. Aufbauend auf den führenden Einsichten der Wissenschaft sucht die gegenwärtige Forschung nach einem tieferen Verständnis des Zusammenspiels von Finanz-, Banken- und Realsektor (...) – auch um so die praktische Wirtschaftspolitik und die Öffentlichkeit auf wissenschaftlich solider Basis noch besser informieren und beraten zu können. Gute Theorie und gute Empirie werden hierbei eine wichtige Rolle spielen, alte Dogmen dagegen nicht.

Das ist ein Tiefschlag gegen den Aufruf der anderen, denen indirekt nachgesagt wird, Dogmen anzuhängen, die veraltet und deshalb irrelevant sind. Doch der Auszug zeigt auch, worum es den Kombattanten in erster Linie geht. Die Ökonomen fragen: Was ist die Zukunft der Volkswirtschaftslehre in Deutschland? Wie gelingt es ihr am besten, nicht nur in theoretischen Höhen zu schweben, sondern auch praktische Probleme zu lösen? Welche Methoden helfen dabei am besten: Mathematik oder Philosophie?

Das sind wichtige Fragen. Nur gibt es darauf viele Antworten, und aus ihnen resultiert auch viel Streit. Mittlerweile haben so viele Forscher zu den beiden Aufrufen Stellung genommen, dass es längst nicht mehr nur um die Besetzung von Lehrstühlen in Köln geht, sondern ums Grundsätzliche. Jeder trägt seine persönliche Meinung zur Auseinandersetzung bei, und jeder hat seine Lieblingsfeinde unter den Kollegen. Es kämpft rechts gegen links, jung gegen alt, Formelwelt gegen Philosophie, angelsächsische Tradition gegen deutsche. Ein Gutes hat die Debatte jetzt schon: Wissenschaftliche Lager, die sich bisher weder auf Veranstaltungen noch über ihre Publikationsorgane begegnet sind, sind ins Gespräch gekommen. Bewegung entsteht allerdings nur dort, wo die Forscher auch ihre eigenen Fehler einsehen und zu ihnen stehen – und nicht bloß auf

die anderen schimpfen. Zum Glück gibt es von solchen selbstkritischen Forschern eine ganze Reihe.

»Ich bin schuld« – Ökonomen gegen sich selbst

Es gibt einige Ökonomen, die ganz offen zugeben, dass sie selbst ebenfalls danebengelegen haben. Darunter finden sich einige prominente Namen. »Ich habe versagt, weil ich die Tiefe des Abschwungs so nicht erwartet hätte«, sagt etwa Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats. Auch räumt er ein, mit seinem einstigen Lob des amerikanischen Notenbankers Alan Greenspan übertrieben zu haben. Der Finanzwissenschaftler Clemens Fuest von der Universität Oxford erinnert sich an ein Gespräch, das er vor einigen Jahren mit einem hochrangigen Bankengeneraler führte. »Er sagte mir, er habe ein sehr schlechtes Gefühl, weil die Rating-Agenturen so stark mit den Firmen verhandelt sind, die sie eigentlich kontrollieren sollen«, erzählt Fuest. Diese Verhandlung war ein wichtiger Grund dafür, dass die Banken überhaupt solche Mengen an den heute giftig genannten Wertpapieren anhäufen konnten und auch noch der Illusion unterlagen, gute Risiken im Portfolio zu haben. »Ich habe das nicht ernst genug genommen«, bekennt Fuest. Dennis Shower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, wird besonders deutlich. »Es ist eine Katastrophe«, sagt er. »Was wir in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren in der Makroökonomie gemacht haben, ist durch die Krise komplett über den Haufen geworfen worden.«

Die selbstkritischen Ökonomen suchen heute schon intensiv nach Erklärungen dafür, wieso ihre Wissenschaft dermaßen blind für den Crash war. Sie haben ihre eigene Forschung dabei ebenso im Blick wie die der anderen. Sie fragen: Ist die Ökonomie, wie wir sie zurzeit praktizieren, zu dogmatisch, zu mathematisch, zu weltfremd? Sind die Ökonomen falschen Theorien nachgelaufen, oder haben sie sich nicht genug mit der Wirklichkeit befasst? Haben sie die Krise nicht verstanden, oder haben sie bloß ihre Dramatik nicht begriffen? Die Antworten, die Volkswirte auf diese Fragen geben, führen zu Ideen, wie man die Wissenschaft verändern könnte, damit solch ein Versagen nicht noch einmal vorkommt. Davon wird später noch die Rede sein. Doch bevor wir in die Diskussion einsteigen, wohin die Wissenschaft sich entwickeln sollte, wollen wir die

Menschen, um die es hier gehen soll, genau kennenlernen. Wieso wurden Ökonomen eigentlich so mächtig? Wer bezahlt sie? Und was erwarten wir von ihnen?

Kapitel 2

Das Zeitalter der Ökonomie

Im Mai 2009 trifft sich eine Reihe von Nobelpreisträgern im Saint James Palace in London. Eigentlich wollen sie über Klimafragen diskutieren – und das tun sie später auch. Doch die vier Ökonomen unter ihnen müssen zunächst einmal ganz andere Fragen beantworten. »Es gab hitzige Debatten«, erzählt der Potsdamer Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, der das Treffen initiiert hat. Die Physiker fragten die Ökonomen: Wer von euch hat die Anzeichen der Krise klar benannt? Warum hat der Mainstream sie nicht vorhergesagt? Es wurde anstrengend für die sonst so sachlichen und an größten Respekt gewöhnten Wissenschaftler. Doch Schellnhuber findet das nicht respektlos, sondern hervorragend. »Es ist gut, dass man mal so heftig aufeinandergerallt ist«, sagt er.

Er ist nicht der Einzige, der so denkt. Deutsche Naturwissenschaftler sind auf einmal viel offener geworden in der Kritik an ihren Kollegen aus der Ökonomie. So auch der Physiker und Biologe Ernst Ulrich von Weizsäcker, Bruder des bekannten deutschen Ökonomen Carl Christian von Weizsäcker. Er sagt: »Man kann nicht übersehen, dass die Ökonomen in den vergangenen Jahren einer gewissen Besoffenheit anheimgefallen waren.« Es liegt offenbar für manche Forscher ein wenig Befriedigung darin, dass die mächtigen, streitbaren und selbstbewussten Ökonomen nun erkennen müssen, dass ihre Wissenschaft die Welt nicht so vollständig erklären und vorhersehen kann wie einst gedacht.

Für die Ökonomie selbst, die sich so gerne als Königin der Sozialwissenschaften sieht, ist das ein herber Rückschlag. Sie wird kritisiert, und das nicht gerade behutsam. Dabei gehörte sie bislang auf jeden Fall zu den anerkanntesten, wenn auch nicht zu den uralten Wissenschaften.